

Kirchlicher Herausgeberkreis Jahrbuch Gerechtigkeit

Koordination: Werkstatt Ökonomie e.V., Obere Seegasse 18, 69124 Heidelberg
Tel.: 06 221 – 433 36 13, Fax: 06 221 – 433 36 29, klaus.heidel@woek.de

Pressekonferenz zur Vorstellung des Jahrbuches Gerechtigkeit V: Menschen, Klima, Zukunft. Wege zu einer gerechten Welt

Donnerstag, 31. Mai 2012, 11.00 bis 12.00 Uhr

Presse- und Besucherzentrum
Reichstagsufer 14, 10117 Berlin

Die Große Transformation muss demokratisch gestaltet werden Wirtschaftswachstum darf kein Ziel an sich mehr sein

Klaus Heidel

Werkstatt Ökonomie e.V., Redaktion und Koordination Jahrbuch Gerechtigkeit

Sperrfrist: 31. Mai 2012, 11.00 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort!

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir müssen unsere Wirtschafts- und Konsumweisen zu einer postfossilen, nachhaltigen und sozial gerechten Wirtschaft umbauen. Dies wird nur gelingen, wenn in den Industrieländern Wirtschaftswachstum nicht länger ein Ziel an sich ist. Und weltweit darf die Erwirtschaftung kurzfristiger Renditen nicht länger Vorrang haben vor der Einhaltung ökologischer Grenzen und der Überwindung von Armut.

In diesem Sinne stellen die Herausgeber des Jahrbuches Gerechtigkeit fest: „Wirtschaftswachstum alleine löst keine volkswirtschaftlichen Strukturprobleme, beseitigt keine Armut und schafft auch nicht ‚Wohlstand für alle‘, sondern tendiert zur Verschärfung sozialer Spaltungen.“

Strittig ist weiter, ob die erforderliche postfossile Wirtschaftsordnung überhaupt mit Wirtschaftswachstum (im Sinne eines Wachstums des BIP) vereinbar ist. Skepsis ist angebracht, denn die angestrebte Entkopplung von Ressourcenverbrauch und Wirtschaftswachstum hat offenbar Grenzen. Erinnerung sei zum Beispiel an die inzwischen gut belegten Rebound-Effekte: Sparen zum Beispiel Haushalte Geld, weil sie aufgrund von Effizienzsteigerungen weniger Energie und weitere Ressourcen verbrauchen, dann werden sie das eingesparte Geld teilweise zur Ausweitung des Konsums nutzen und dadurch CO₂-Reduktionen zum Teil rückgängig machen.

Allerdings sind die Herausgeber des Jahrbuches Gerechtigkeit der Auffassung, dass die Frage nach dem Verhältnis von Wirtschaftswachstum – genauer: von Wachstum des BIP – und postfossiler, sozial- und klimagerechter Wirtschaft ist nicht entscheidend sei. „Denn weder ein Wachstum des BIP noch eine Stagnation oder gar Schrumpfung desselben werden von sich aus zu einer sozial gerechten und klimagerechten Entwicklung beitragen. Handlungsleitend für Politik und Wirtschaft darf also nicht die Frage nach Wachstum, Stagnation

oder Schrumpfung des BIP sein, sondern das Ziel der konkreten Gestaltung des Umbaus von Wirtschaft und Gesellschaft hin zu postfossilen, klimagerechten Ordnungen ohne Armut und soziale Ausgrenzung“, so der Diskussionsbeitrag der Herausgeber.

Dieser Umbau, diese Große Transformation ist in jeder Hinsicht ein anspruchsvolles Vorhaben und muss demokratisch und partizipativ gestaltet werden. Denn er ist auf eine möglichst breite Akzeptanz angewiesen und muss von einer breiten Basis getragen werden. Dies ist keine leichte Aufgabe, denn die komplexen Umgestaltungen werden sehr wahrscheinlich mit einer Verschärfung von Ziel- und Interessenkonflikten einher gehen. Bereits jetzt sind künftige Konfliktlinien in Industrieländern erkennbar, einige seien angedeutet:

- Es besteht die Gefahr, dass sozial Ausgegrenzte, die bereits jetzt fast keine Diskurs- und Verhandlungsmacht haben, gänzlich von der Gestaltung des Umbaus ausgeschlossen werden. Dies würde ihre Situation weiter verschärfen, da die Große Transformation für sozial Benachteiligte oder gar Ausgegrenzte nicht nur Chancen, sondern auch deutliche Risiken birgt.
- Erforderliche Produktkonversionen könnten zumindest lokal oder regional für eine bestimmte Zeit zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit führen. Dies gilt für Zentren der Automobilproduktion, da nicht davon ausgegangen werden kann, dass beispielsweise bei einem Rückgang der Automobilproduktion unmittelbar und ortsgleich Ersatzarbeitsplätze geschaffen würden.
- Noch sind die Systeme sozialer Sicherheit und die Arbeitsmärkte von Wirtschaftswachstum abhängig. Sie müssen aber so umgestaltet werden, dass sie unabhängig vom Wachstum werden. Ein solcher Umbau ist sozialpolitisch und rechtlich außerordentlich anspruchsvoll und hat mit Interessen- und Zielkonflikten zu rechnen.
- Grundsätzlich ist damit zu rechnen, dass bei zunehmenden Auseinandersetzungen über die Verteilung von Anpassungskosten die Wachstumsfrage auch dazu genutzt wird, nicht nur klimapolitisch motivierte Interessenspolitik zu betreiben.

Zu solchen Konflikten innerhalb der Industrieländer kommen dann Konflikte in Schwellen- und Entwicklungsländern so wie Konflikte zwischen diesen Ländergruppen. Staaten und Gesellschaften müssen mit solchen Konflikten demokratisch, partizipatorisch und sozial gerecht umgehen. Zugleich muss gewährleistet werden, dass die Begrenzung der globalen Erwärmung und das Recht auf Entwicklung – etwa der Menschen in Entwicklungsländern – nicht gegeneinander ausgespielt werden.

- Angesichts von Ziel- und Interessenkonflikten muss gewährleistet werden, dass demokratische Ordnungen die Verfolgung langfristiger Zielvorgaben fördern. Wahlzyklen dürfen nicht die Zeithorizonte prägen.
- Die Große Transformation erfordert einen handlungsfähigen Staat, der zur Bewältigung seiner Aufgaben ausreichend Ressourcen hat und der vor ordnungspolitischen Maßnahmen nicht zurückschreckt, denn Märkte müssen wirksam reguliert werden.
- Der Umbau unserer Produktions- und Konsumweisen ist auf die aktive zivilgesellschaftliche Teilhabe angewiesen. Eine Voraussetzung hierfür ist die Stärkung zivilgesellschaftlicher Organisationen.

- Grundsätzlich kann die Große Transformation nur gelingen, wenn sich Gesellschaften über zentrale Werte wie Gerechtigkeit oder Nachhaltigkeit verständigen. In diese Verständigungsprozesse können Kirchen die christliche Botschaft als Beitrag zu ethischen Orientierungsversuchen einbringen.

Vor uns liegt also eine große Aufgabe. Sie als Jahrhundertaufgabe zu beschreiben, ist sicher nicht übertrieben. Doch wir können diese Aufgabe bewältigen. Wir haben das nötige Wissen, wir haben die Ressourcen, wir haben die Instrumente. Wir können den erforderlichen Umbau unserer Produktions- und Konsumweisen gestalten. Daran beteiligen sich Kirchen schon jetzt aktiv. Die Herausgeber des Jahrbuches Gerechtigkeit schlagen vor, dieses kirchliche Engagement auszuweiten. Deshalb regen sie einen breiten ökumenischen Konsultationsprozess an, bei dem Kirchen, kirchliche Werke und Dienste, Gemeinden und Organisationen nach Möglichkeiten suchen, die Große Transformation konkret zu gestalten.